

Richard von Weizsäcker

---

## **Bewährung der Solidarität - Zur Rolle der Gewerkschaften in Gesellschaft und Staat\***

---

Dr. Richard von Weizsäcker, geb. 1920 in Stuttgart, war von 1969 bis 1981 für die CDU Mitglied des Bundestags, in der Zeit von 1981 bis 1984 Regierender Bürgermeister von Berlin und ist seit 1984 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland.

Herr Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes! Meine Damen und Herren! Für die Einladung, den 13. Ordentlichen Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hamburg zu besuchen und zu Ihnen zu sprechen, danke ich Ihnen herzlich. Nicht nur Ihre Mitglieder, nicht nur die Arbeitnehmer in unserem Land, sondern die gesamte Öffentlichkeit nimmt lebhaften Anteil an Ihrem Kongreß - mit großem Recht. Denn Sie haben einen starken Einfluß, Sie stehen vor schwierigen Herausforderungen, und Sie tragen hohe Verantwortung.

### I.

Mit wohlbegründetem Stolz nennt sich der Bundeskongreß des DGB „Parlament der Arbeit“. Das ist Ausdruck des demokratischen Geistes, dem die Gewerkschaften in ihrer Geschichte nie untreu geworden sind. Sie haben schon für die Demokratie gekämpft, als es noch wie ein Anschlag auf den Staat wirkte, ein Demokrat zu sein. Die Gewerkschaftsbewegung ist - neben der kommunalen Selbstverwaltung - die älteste und die mächtigste Lebenswurzel der Demokratie in Deutschland. Ihre Geschichte ist ein großes, ein gutes Kapitel der deutschen Geschichte.

---

\* Ansprache des Bundespräsidenten bei der Eröffnung des 13. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses in Hamburg am 25. Mai 1986 in der Fassung des Bulletin Nr. 58/S. 489, Bonn, 28. Mai 1986 (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung).

Auf ihrem Weg hatte sich die deutsche Arbeiterbewegung immer wieder mit dem Konflikt zwischen zwei Richtungen auseinandersetzen: dem Weg des Umsturzes oder dem Weg des friedlichen Wandels. Mit Nachdruck wurde sie zur Revolution und zur Gewalt aufgerufen. Aber sie ist diesem Appell nicht gefolgt. Statt dessen hat sie unter vielen Opfern auf die Evolution gesetzt, auf den entschiedenen Wandel mit friedlichen Mitteln.

Diese Grundhaltung wird oft von Extremisten als verächtliche Unterwerfung unter den Klassenfeind belächelt und verurteilt oder sie wird von der herkömmlichen bürgerlichen Geschichtsschreibung allzugern als pure Selbstverständlichkeit hingenommen. Die Entscheidung der Gewerkschaften für den Weg des friedlichen Wandels war aber weder lächerlich noch selbstverständlich. Sie war vielmehr eine der großen wegweisenden und humanen Weichenstellungen in unserer Geschichte.

Der Respekt vor dieser Leistung liegt gerade darin begründet, daß sie alles andere als naheliegend war. Karl Marx hatte ja recht, als er die kapitalistische Gesellschaft in der Mitte des vorigen Jahrhunderts als Ausbeutergesellschaft beschrieb. Die erste industrielle Revolution hatte die Technik geliefert, aber eben nur die Technik, dagegen nicht die menschlichen und die sittlichen Haltungen, die nötig sind, um mit der Technik richtig zu leben. Die Dampfmaschine breitete sich in der Zeit einer patriarchalischen Gesellschaftsmoral aus. Diese besaß immerhin noch einen ausgeprägten Familiensinn und verantwortliche personale Bezüge, wenn auch zwischen Herren und Knechten. Die Industrialisierung dagegen entfremdete die Menschen und zerschnitt die persönlichen Bande. Vereinzelt und anonym arbeiteten die Menschen unter heute unvorstellbaren Bedingungen.

Auf dem Weg zu unserem heutigen Wohlstand liegen Tüchtigkeit und Leistung, aber auch Fron und Not, Leid, Krankheit und Tod. Das sollten wir nicht vergessen. Denn es ist die historische Wahrheit.

Es gab also damals genügend Grund für die Arbeiterschaft, nicht nur ein ausbeuterisches Wirtschaftssystem zu bekämpfen, sondern gegen eine ganze Gesellschaftsordnung aufzustehen, die menschliches Leid und Ungerechtigkeit allzulange teilnahmslos geschehen ließ. Um so größer war die Leistung, den Weg der Gewalt zu meiden.

Es heißt oft mit einem Unterton des Bedauerns, wir Deutschen hätten als einzige Europäer keine richtige Revolution zustande gebracht. -Das mag sein. Aber ist es nicht das Eindrucksvollere und das Schwierigere, auf den Frieden zu setzen? - Wir können unsere deutschen Verhältnisse weder mit dem Rußland der gewaltsamen Oktoberrevolution noch mit dem gewaltlosen Weg Mahatma Gandhis in Indien vergleichen. Heute, da unser Denken immer stärker um den Frieden kreist, können wir aber erkennen, daß der Frieden nicht aus der Gewalt kommt, sondern aus der Überwindung von Gewalt in uns selbst.

Die Arbeiterbewegung hat diesen Weg in Deutschland gangbar gemacht. Der sozialen Ungerechtigkeit begegnete sie mit ihrem Einsatz für eine Gesellschaft, in der alle ihren gerechten Anteil an dem gemeinsam erwirtschafteten Gesamtergebnis erhalten sollen. Der politischen Entmündigung stellte sie ihr Konzept der parlamentarischen Demokratie gegenüber, in der jeder erwachsene Bürger gleichberechtigt Einfluß nehmen kann. Der vorgefundenen Moral, die die Menschen in Klassen einteilte, setzte sie am Ende eine Moral entgegen, die die Würde jedes einzelnen Menschen gleichermaßen respektiert.

Die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung reichte alsbald weit über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus. Um die soziale Frage der Zeit zu lösen, mußten das Bewußtsein und die Praxis der Gesamtgesellschaft verändert werden, von den Besitzverhältnissen über die Verfassung und die Medien bis hin zu den Predigten; denn auch manche Pfarrer mußten lernen, daß ihr Platz nicht neben den Thronen, sondern bei den Menschen ist.

Die Gewerkschaften haben gekämpft, ohne zügelloser Gewalt zu verfallen. Sie haben auf die geschichtsverändernde Kraft des sich selbst überwindenden Menschengestesetzt.

Für unser Verständnis vom modernen Staat und von der sozialen Gesellschaft ist die Leistung und Wirkung der Gewerkschaften zentral und unersetzlich. Ich meine, das sollten unsere Geschichtsbücher klar und deutlich vermitteln. Und das sollte jeder von uns im Kopf haben, wenn er sich mit den schwierigen, ganz gewiß auch für die Gewerkschaften belastenden sozialen und technischen Entwicklungen unserer heutigen Zeit befaßt.

Die Weimarer Republik begann unter der Präsidentschaft eines Gewerkschaftlers, Friedrich Ebert. Gewerkschaften verhinderten durch Generalstreik 1920 eine Militärdiktatur. Die innere Festigung der Demokratie aber überstieg damals ihre Kraft. Die Weimarer Republik ist letztlich nicht daran gescheitert, daß zu früh zu viele Nazis, sondern, daß zu lange zu wenige Demokraten vorhanden waren.

Aufstieg und Machtergreifung der Nationalsozialisten konnten die Gewerkschaften nicht verhindern. Sie wurden zerschlagen. Viele Gewerkschaftler sammelten sich im Widerstand gegen Hitler. Sie kamen aus allen Lagern. Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Jakob Kaiser gehörten zu ihnen, aber auch viele Namenlose, wie der unbekannte Arbeiter aus dem Wedding in Berlin, dem Fallada nach den Gestapo-Akten in seinem Stück „Jeder stirbt für sich allein“ ein unvergeßliches Denkmal gesetzt hat.

## II.

Nach dem Zweiten Weltkrieg organisierten sich die Gewerkschaften neu. Der Deutsche Gewerkschaftsbund entstand. Die Aufsplitterung in Berufs- und Richtungsgewerkschaften wurde überwunden. Gemeinsame Erfahrungen im

Kampf gegen Diktatur und Gewalt, im Zustand eigener Schwäche, im Leid und in der Verfolgung begründeten die Einsicht, daß das Trennende zurücktritt hinter dem Bewußtsein, zusammen Verantwortung zu tragen.

Die Bildung der Einheitsgewerkschaft war die Folge. Auch sie ist eine Leistung von historischem Rang. Was sie im sozialen Bereich bewirkte, das sollten wir außenpolitisch mit der Aussöhnung mit Frankreich auf eine Stufe stellen oder auch - wenn Sie mir die Anfügung einer ganz anderen Ebene erlauben - mit der ökumenischen Bewegung unter den Christen.

Die Gewerkschaften trugen maßgeblich zum Wiederaufbau bei. Sie kämpften gegen Demontage. Mit ihren internationalen Verbindungen ersetzten sie zunächst fehlende außenpolitische Kontakte. Wir verdanken ihnen einen großen Teil unseres heutigen Wohlstandes und unseres Ansehens in der Welt.

Zu keiner Zeit war es einfach, den Gedanken der Einheitsgewerkschaft durchzuhalten. Sie ist ein Bündnis von Arbeitnehmern unterschiedlicher parteipolitischer Bindungen, religiöser Überzeugungen und Berufe.

Dies kann nicht ohne Spannungen abgehen. Politisch neutral können Gewerkschaften nicht sein; denn allzuviel, was die Arbeitnehmer betrifft, wird nun einmal politisch entschieden. Dennoch müssen sie parteipolitisch ungebunden und unabhängig sein und bleiben; andernfalls würde die Einheitsgewerkschaft ihre eigene Grundlage zerstören.

Diese Unterscheidung kann in der Praxis oft Schwierigkeiten bereiten. Sie führt immer wieder zu Streit. Dennoch bleibt - unter vollem Respekt vor der verfassungsgemäßen Freiheit zum Pluralismus - der Gedanke der Einheitsgewerkschaft kostbar. Nach meiner festen Überzeugung lohnt sich jede Anstrengung für sie. Wir alle würden den Schaden davontragen, wenn ernsthaft versucht würde, sie durch neue Strukturen abzulösen, oder wenn die Einheitsgewerkschaften zerfielen.

In einer Zeit wie der heutigen, in der heftige sozialpolitische Gegensätze und heißumkämpfte Wahlen an der Tagesordnung sind, richtet sich dieser Appell an alle Beteiligten, aber eben doch zuerst an die Gewerkschaften selbst. Spannungen muß jeder Mensch aushalten können, aber Zerreißproben des eigenen Gewissens sind unzumutbar. Dies den eigenen Mitgliedern zu ersparen, das haben letzten Endes nur die Gewerkschaften selbst in der Hand. Es muß möglich bleiben, gleichzeitig Mitglied der Gewerkschaften und einer jeden demokratischen Partei zu sein, ohne unaufrichtig und sich selbst untreu zu werden.

Das heißt nun nicht, daß eine Regierung Anspruch auf besondere Schonung durch die Gewerkschaften hätte. Zur Freiheit der Gewerkschaften gehört, daß sie unbequem sind. Bequem sind Gewerkschaften nur dort, wo sie unter dem Zwang von rechten oder linken Diktaturen stehen. Dann mißbrauchen die Herrschenden sie zur Stütze der politischen Macht. In einem Land, in dem nie-

mand mehr auf die Gewerkschaften zu hören braucht, steht es schlecht um die Freiheit im Staat.

Unbequeme Gewerkschaften und freiheitliche Demokratie brauchen sich gegenseitig, sie gehören zusammen. Wer Freiheit will, muß Unbequemlichkeit ertragen. Wer Gewerkschaften will, muß für Freiheit eintreten.

Wenn also bei uns sich Gewerkschaften mit der jeweiligen Regierung kritisch auseinandersetzen, so ist das ihr allerbestes Recht. Es darf nur nicht in eine Auseinandersetzung mit dem Staat selbst ausarten. Beide Seiten können und müssen dazu beitragen:

- Eine politische Partei oder Koalition hat keine Veranlassung, sich wegen ihres Regierungsmandats mit dem Staat zu verwechseln. - Meine Damen und Herren, das geschieht auch nicht. -Anderenfalls würde sie die Gewerkschaften dazu zwingen, die legitime Auseinandersetzung mit der Regierung zum Kampf gegen den Staat werden zu lassen.
- Gewerkschaften ihrerseits dürfen ihre freie und unabhängige Rolle im Staat nicht gefährden. Der Staat gewährleistet ihnen den Freiraum zum Streit. Ein Kampf gegen Staat und Recht aber würde am Ende nur ihre eigene Freiheit bedrohen.

Zum demokratischen Staat gehören eine Regierung und eine Opposition. Die Gewerkschaften sind nicht die Regierung. Sie sind aber auch nicht die Opposition. Würden sie sich mit der Opposition gleichsetzen, so verlören sie schließlich ihren Handlungsspielraum. Gewerkschaften stehen außerhalb der demokratisch notwendigen Alternativpaarung Regierung - Opposition. Sie sind sowenig wie die Parteien ein Staat im Staate. Noch weniger sind sie selbst Staat. Vielmehr stehen sie wie Regierung und Opposition innerhalb des Staates.

Diese Einstellung zu einem Staat, dessen Grundmerkmale die freiheitliche Demokratie, das sozial verpflichtete Recht und die Aufgabe des Friedens sind, diese Einstellung hat der Arbeitnehmerschaft in der ganzen Nachkriegszeit gewaltige Fortschritte gebracht - in der Humanisierung der Arbeit, den Lohn- und Einkommensverhältnissen, dem sozialen Netz, der Selbstverwaltung der Sozialversicherung, der Mitbestimmung und der Betriebsverfassung.

### III.

Die Gewerkschaften haben eindrucksvolle Erfolge erzielt, und zwar mit einem ungewöhnlich hohen Maß an sozialem Frieden. Um beides, um die Erfolge und um den sozialen Frieden, beneiden uns die meisten Industrieländer. Im Durchschnitt der zehn Jahre von 1973 bis 1982 gingen bei uns - bezogen auf tausend abhängig Beschäftigte - 24 Arbeitstage durch Arbeitskämpfe verloren, vierundzwanzig! In Frankreich waren es 181, in den USA 404, also fast siebzehnmals mehr als bei uns, in Großbritannien gar 448.

Den Grund für diese Entwicklung sehe ich nicht darin, daß die deutschen Gewerkschaften besonders brav wären, sondern in ihrem klaren Bewußtsein der wohlverstandenen Interessen der Arbeitnehmer. Dasselbe gilt auch für die andere Tarif partei.

Die Vorstellung, man diene den eigenen Zielen nur dann, wenn man der anderen Seite nichts Gutes gönne, diese Vorstellung ist ein sittlicher, wirtschaftlicher und sozialer Irrtum. Es ist einfach nicht wahr, daß der eigene Vorteil nur im Nachteil des anderen bestehen kann. Das stimmt weder im außenpolitischen Ost-West-Verhältnis noch in der Sozialpolitik zu Hause.

Die Hungerlöhne früherer Zeiten waren nicht nur ungerecht und unmenschlich; sie waren für alle ein Verlust. Der Markt lebt - außer von den internationalen Einflüssen - nicht zuletzt davon, daß Arbeitnehmer über Geld verfügen, welches sie ausgeben können. Das entspricht durchaus dem Interesse der Unternehmer. Auf der anderen Seite hat sich die Erkenntnis vertieft, daß auch die pflichtbewußteste und fähigste öffentliche Verwaltung keinen Ersatz für die schöpferische Kraft des freien Unternehmers darstellen kann. Gewiß, sein Gewinn, also die angemessene und als gerecht empfundene Aufteilung des gemeinsam erarbeiteten Ergebnisses, bleibt umkämpft. Aber daß wir den Unternehmer brauchen, wird ernsthaft kaum noch bestritten. Also liegt es im allseitigen Interesse, ihm sowohl die Luft als auch die Lust zum Arbeiten zu lassen; es gilt, ihm die Rahmenbedingungen zu setzen, damit es so sozial gerecht wie menschenmöglich zugeht, und auch damit er im internationalen Wettbewerb bestehen kann; denn davon hängen letztlich Wohlstand und soziale Sicherheit von uns allen ab.

Arbeitnehmer und Unternehmer gehören zu einem System, in dem ihre eigenen Ziele sie dazu veranlassen, auch die Ziele der anderen Seite zu berücksichtigen. Beide Seiten wissen, daß sie selbst Schaden leiden, wenn sie den Bogen überspannen. Dieses Verhältnis gegenseitiger Abhängigkeit und Einsicht ist bei uns besonders zur Geltung gekommen. Es wird oft als Sozialpartnerschaft bezeichnet.

Dieses Wort ist, wie ich wohl weiß, bei vielen von Ihnen nicht beehrt, ganz ähnlich wie in der Außen- und Sicherheitspolitik viele das Wort Sicherheitspartnerschaft nicht mögen. In beiden Fällen aber halte ich es für hilfreich, sich immer wieder klarzumachen, was diese Begriffe beschreiben und was sie nicht bedeuten.

Partnerschaft hat hier nichts mit Konfliktscheu und Verbrüderungsstimmung zu tun. Es wäre dem Gedanken der Partnerschaft geradezu abträglich, Gegensätze zu vernebeln. Partnerschaft bedeutet nicht hebevolle, selbstlose Uneigennützigkeit. Sie bringt aber nüchtern zum Ausdruck, daß man die eigenen Ziele nur erreicht und den eigenen Nutzen nur fördert, wenn auch der andere zu seinem Recht kommt.

Dazu sind allerdings Vernunft, gegenseitiger Respekt, Verlässlichkeit und ausgewogene Spielregeln vonnöten. In der Autonomie und Praxis der Tarifparteien findet die Sozialpartnerschaft ihren Platz.

Der Tarifvertrag hat bei uns hohes Ansehen entwickelt. Seine Aufgabe ist es, für die Arbeit und die Verteilung der materiellen Güter zu einem Frieden durch Vereinbarung zu gelangen. Es war ein großer Vorteil für die Menschen bei uns, daß solche Verträge über große Räume und auskömmliche Zeitspannen geschlossen wurden und damit die Chance zur stetigen Entwicklung boten. Im Interesse aller muß der Tarifvertrag auch in Zukunft eine entscheidende Grundlage für die Lösung unserer Aufgaben bleiben. Der Tarifvertrag soll keine bloße Atempause gewähren. Es ist nicht der unwillkommene Waffenstillstand zwischen dem eigentlich gewollten Dauerkampf.

Kampfmittel sind nötig und garantiert. Sie gehören zur Tarifautonomie. Aber das Ziel ist nicht der Kampf, sondern der Frieden. Er ist um so haltbarer, je weniger es am Ende Sieger und Besiegte gibt.

#### IV.

Mein Bekenntnis zum Tarifvertrag gilt auch und gerade im Licht der neuen Entwicklungen und der schweren Aufgaben, vor denen Gewerkschaften, Sozialpartner und in Wirklichkeit wir alle stehen. Klassische Branchen und traditionell organisierte große Unternehmen haben an Bedeutung abgenommen. Der Trend zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft verändert in gesteigertem Maß die Struktur der Arbeit.

Erfolge gewerkschaftlicher Anstrengungen haben zusammen mit dem technischen Fortschritt große Fortschritte an Freiheit und Selbstgestaltung bei der Arbeit erwirkt. Zusammen mit der gewachsenen Freiheit werden die Lebensbedingungen und Wünsche der Menschen vielgestaltiger und individueller. Der Weltmarkt wird für unsere Arbeitsplätze immer bedeutungsvoller. Der internationale Wettbewerb zwingt in wachsendem Maß zum Kostenbewußtsein und zu Rationalisierung. Erworbene berufliche Kenntnisse und Fähigkeiten können durch den raschen Wandel schneller als früher veralten. Bildung, Ausbildung und Fortbildung werden immer wichtiger. Für die Gewerkschaften speziell fällt besonders ins Gewicht, daß Arbeitslosigkeit und zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse die Risikobereitschaft der Mitglieder dämpfen, den Zusammenhalt erschweren und die Arbeitnehmerschaft schwerer organisierbar machen.

#### V.

Das bei weitem bedrückendste soziale Problem unserer Gesellschaft ist die Arbeitslosigkeit. Wie technologischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit zusammenhängen, wird je nach Standort verschieden beantwortet. Zum einen gehen Arbeitsplätze verloren, weil moderne Techniken eingeführt werden - die Arbeit von Menschen wird durch Technik ersetzt. Zum anderen geraten

Arbeitsplätze in Gefahr, weil technische Modernisierung unterbleibt - wer hier den Anschluß nicht hält, verliert bald den Markt. Mit dem Markt verliert er auch bald Arbeitsplätze. In bezug auf die Volkswirtschaft und Beschäftigung im ganzen ist der Zuwachs dort besonders groß, wo es einen überdurchschnittlichen, technischen Fortschritt gibt. Das Risiko für den einzelnen Arbeitnehmer dagegen ist erheblich; denn der, welcher durch eine technische Erneuerung seinen Arbeitsplatz verliert, ist ja in den allermeisten Fällen ein anderer als jener, welcher möglicherweise durch die gleiche technische Erneuerung neue Beschäftigungschancen erhält.

Die Gewerkschaften sind vor die schwierige Aufgabe gestellt, im Interesse des ganzen Arbeitsmarktes eine dynamische wettbewerbsfähige Wirtschaft zu fördern, andererseits aber für das konkrete Schicksal eines jeden Arbeitnehmers verantwortlich zu sein. Arbeitslosigkeit, wir wissen es, ist nicht nur ein wirtschaftliches, sondern vor allem ein menschliches und ein gesellschaftliches Problem. Je länger sie anhält, desto negativer werden ihre Spuren im Leben des Betroffenen, im Zusammenleben der Familien, in Dörfern und Städten sein. Die Folgen werden auf die Dauer schwer heilbar.

Erwerbsarbeit ist nicht das ganze Leben. Aber sie ist ein wichtiges Stück unserer Existenz und unserer menschlichen Selbstachtung. Es gehört zur Entfaltung der Persönlichkeit, den eigenen Gaben und Neigungen entsprechend tätig sein zu können, den Lebensunterhalt zu erwerben und das Gefühl zu haben, daß man gebraucht wird. Vor allem für junge Menschen ist das entscheidend wichtig.

Die Arbeitslosenstatistik faßt rein zahlenmäßig ganz unterschiedliche Sachverhalte zusammen, obwohl die Schicksale unvergleichbar sind. Es gibt Arbeitslose, die schwer zu vermitteln sind und bleiben. Wenn es Behinderte sind, bleibt staatliche Dauerhilfe unabdingbar. Andere, die auch erfaßt sind, wollen gar nicht vermittelt werden. Daneben steht eine dritte Gruppe von Arbeitslosen, die in der Statistik überhaupt nicht auftaucht. Es gibt Arbeitslosigkeit aus besonderen regionalen oder aus hartnäckigen strukturellen Gründen. Ich nenne vor allem die Lage der Frauen, aber auch die der Ausländer.

Entscheidend ist die Feststellung, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeitslosen Abhilfe aus ihrer Lage dringend sucht und braucht. Es ist ungerrecht und unmenschlich, ihnen offen oder versteckt den Stempel der Leistungsunwilligkeit aufzudrücken oder ihnen gar Versagen vorwerfen zu wollen. Wir müssen uns ihnen statt dessen auch ganz persönlich zuwenden. Es gilt, ihnen aus einer drohenden Isolierung herauszuhelfen.

Gerade weil es kein Patentrezept zum schnellen Abbau gibt, und weil kein Verantwortlicher eine rasche Rückkehr zur Vollbeschäftigung versprechen darf - denn er kann es nicht -, gerade deshalb besteht eine subsidiär gestufte Verantwortung. Sie reicht vom Staat und den Sozialpartnern über Verbände und Gruppen bis zu privaten Initiativen und zum einzelnen Bürger.



In den letzten Monaten habe ich Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen kennengelernt, die sich der Arbeitslosigkeit in ihrem örtlichen Umkreis vorbildlich annehmen. Sie haben mich sehr beeindruckt. Natürlich können sie nicht die weitreichende Wirkung des Staates und der Tarifparteien erzielen oder ersetzen.

Arbeitslosigkeit aber ist ein persönliches Schicksal. Jeder einzelne Fall zählt für sich. Da bedeutet es viel, wenn solche Gruppen zum Beispiel persönliche Patenschaften übernehmen und, wie ich es im besonders hart betroffenen Arbeitsamtsbezirk Leer neulich selbst erlebt habe, eine ganze Reihe von arbeitslosen Mitbürgern vermitteln konnten.

Gewiß nicht alle, aber sehr viele Betriebe helfen mit Ausbildungsplätzen - in vermehrtem Maß auch kleinere Betriebe und vor allem das Handwerk. Die berufliche Qualifizierung ist und bleibt die beste Vorsorge für die Zukunft. Nun gilt es, unsere ganze Aufmerksamkeit der Übernahme der jungen Fachkräfte nach der Ausbildungszeit in ein Beschäftigungsverhältnis zu widmen. Nur so kann sich für die jungen Menschen bewahrheiten, daß die Ausbildung sich auch lohnt.

Je besser die Konjunktur ist, um so dringlicher ist es, Überstunden abzubauen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Es ist völlig verständlich, daß Betriebsleitungen und Betriebsräte oft eng zusammenarbeiten, um die vorhandenen Arbeitsplätze zu erhalten und zu verbessern. Errungene Arbeitsplätze und Konditionen dürfen aber nicht dauerhaft die Chancen derer mindern, die draußen stehen und noch immer warten.

Wir alle wissen, wie schwer das ist. Nicht nur werden Menschen durch Maschinen ersetzt, sondern der Zuwachs an Produktivität bedeutet ja auch, daß dieselbe Produktion mit weniger Arbeit erreicht wird. Wir können uns aber mit einem beschäftigungslosen Wachstum nicht abfinden.

Gewiß, die Zahl der Arbeitsplätze ist gestiegen, und sie wird weiter steigen. Das ist erfreulich und sollte nicht verschwiegen werden. Die Zahl der Menschen jedoch, die Arbeit suchen, ist noch schneller gestiegen. Auf eine demographische Lösung des Problems zu setzen, hilft den Menschen heute nicht und bleibt auch für die Zukunft spekulativ.

Wir kommen nicht darum herum, Arbeitslosigkeit schrittweise zu vermindern, indem wir das Angebot an Arbeitsplätzen besser auf die Nachfrage verteilen. Es geht nicht an, daß eine Minderheit dauernd vor der Tür bleibt, während die große Mehrheit Arbeit hat und sie gegen die anderen verteidigt. Erwerbsarbeit bleibt für die Selbstachtung, die Versorgung und die Orientierung im Leben unverzichtbar. Jeder Staatsbürger muß Zugang zu ihr bekommen.

Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren wichtige Beiträge zur Beschäftigungspolitik geleistet. Sie haben eine verantwortungsbewußte Tarifpolitik verfolgt. Die Nettoeinkünfte der Arbeitnehmer sind seit 1980 jah-

relang zurückgegangen. Erst seit dem letzten Jahr gibt es wieder einen Anstieg. Dieser Beitrag zur Stabilität, zur wirtschaftlichen Erholung und damit zur Beschäftigung durch die Gewerkschaften ist meines Erachtens zuwenig in das öffentliche Bewußtsein gedrungen.

Auch in Zukunft wird es um das Verhältnis von Arbeitszeitverkürzung und Lohnentwicklung gehen. Beides kostet Geld. Man kann sich entweder auf dieses oder auf jenes oder - im Regelfall - auf eine angemessene Mischung von beidem konzentrieren. Nur eines kann man nicht: nämlich ein und dieselbe Mark zweimal ausgeben, weil man zwei Ziele gleichzeitig ansteuert.

Die Tarifvertragsparteien stehen vermehrt vor der Aufgabe, dem technischen Strukturwandel, den regionalen Arbeitsmärkten, den individuellen betrieblichen und persönlichen Möglichkeiten und Wünschen Rechnung zu tragen. Sie werden mit dem Trend zur Differenzierung, zur flexiblen betrieblichen Anpassung fertig werden müssen.

Auch Flexibilität ist zu einem vielfach negativ besetzten Ausdruck geworden. Gemeint ist nicht eine Flexibilität nach dem Muster und mit den sozialen Folgen, wie sie etwa auf der anderen Seite des Ozeans anzutreffen sind. Der Schutz des Arbeitnehmers darf nicht konjunkturabhängig gemacht werden. Vielmehr geht es darum, die technischen Möglichkeiten zu nutzen und die individuellen Wünsche zu berücksichtigen. Betriebsräte spielen dabei eine besondere Rolle. Betriebsräte werden nicht anstelle von Gewerkschaften treten; Betriebsvereinbarungen werden Tarifverträge nicht ersetzen. Die bewährte Verbindung und Rückkoppelung beider Ebenen bleiben gerade im Zuge einer stärkeren Differenzierung der Arbeitsverhältnisse erst recht vonnöten. Dann können Tarifvereinbarungen, dort wo es nötig und möglich ist, den Charakter eines Rahmens annehmen, der vor Ort noch ausgefüllt und konkretisiert wird. Damit können Individualisierungswünsche und Solidarität in Einklang gebracht werden.

Je ehrlicher man miteinander umgeht, desto stärker wird man in der Problembewältigung. Die qualifizierte Mitbestimmung — in ihrer Einführungsphase vielfach und hart umstritten - hat sich immer mehr bewährt. Man spricht nicht mehr wie früher nur getrennt in Fraktionen, sondern zusammen und offen in den gemeinsamen Sitzungen. Man stellt sich gemeinsam der Spannung zwischen den beiden Eckdaten: nämlich einerseits der unabwiesbaren Notwendigkeit, nüchtern zu rechnen und Kosten zu sparen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben, und andererseits das Sozialstaatsgebot auch als betrieblich verbindliche und betrieblich fruchtbare Richtschnur zu achten.

Je besser es gelingt, die Offenheit, die das Klima in den Gremien der Betriebe ganz überwiegend bestimmt, auch in der Öffentlichkeit zu pflegen, desto weiter kommen wir alle miteinander. Selbstverständlich gibt es Meinungsverschiedenheiten, gegnerische Positionen und harte Auseinandersetzungen.

zungen. Aber die Mitglieder und die Öffentlichkeit wissen ganz gut, daß ihnen mit propagandistischen Halbwahrheiten am Ende nicht gedient ist.

## VI.

Nicht nur die Folgen des technischen Wandels für die Beschäftigung werden Ihren Bundeskongreß prägen, sondern - über den Arbeitsmarkt hinaus - die Entwicklung der Hochtechnologie für menschliches Leben schlechthin. Hier stehen die Risiken wahrlich hinter den Chancen nicht zurück.

Das jüngste schwere Reaktorunglück zeigt uns auf neue und drastische Weise, wie eng uns unser technisches Zeitalter zusammenrückt. Es sind Menschen wie wir, die im näheren Umkreis von Tschernobyl leiden. Ihnen gilt unser herzliches Mitgefühl, wie wenn es unseren eigenen Landsleuten zugestoßen wäre.

Der Unfall betrifft aber auch uns unmittelbar. Die radioaktiven Wolken und ihre Folgen überschatten uns gemeinsam - über alle Zäune und Mauern hinweg. Die Menschen bei uns sind beunruhigt. Sie sind hin- und hergerissen zwischen dem Gefühl, auf die Technik angewiesen zu sein und vor ihr Angst zu haben.

Wenn das Unglück einen Sinn haben soll, dann sicher nicht den, kurzfristig zu taktieren, Wahlchancen zu mehren oder zu mindern und die Ereignisse von Tschernobyl als willkommene neue Munition im liebgewordenen Kampf gegen altbekannte Gegner aufzugreifen. Vielmehr gilt es, unsere bisherigen energiepolitischen Weichenstellungen erneut und gewissenhaft, technisch, sozial und ethisch zu überprüfen. Wir müssen den Vorrang unserer Forschung der Frage widmen, welche Entscheidungsalternativen für die Energie wir innerhalb welcher Zeiträume und mit welchen sozialen und wirtschaftlichen Folgen haben.

Antworten lassen sich nicht aus dem Ärmel schütteln. Eine sofortige Kehrtwendung wäre nicht zu verantworten. Sie würde nur andere Ursachen für Gefahr oder Schädigung unserer Gesundheit, unserer Umwelt und unserer ganzen Atmosphäre mit sich bringen. Es ist niemandem damit gedient, wenn wir den Teufel mit dem Beelzebub austreiben. Aber in der bisherigen Richtung einfach weiterzumarschieren, als wäre nichts gewesen, hieße nun wahrlich politisch abdanken und sich dem Zwang der Technik willenlos zu unterwerfen.

Die Demokratie macht Führung nicht entbehrlich. Die politisch Verantwortlichen sind gewählt, um voranzugehen, nicht um hinterherzulaufen. Vorangehen heißt aber nicht, so zu tun, als wisse man alles auf Anhieb - nur deswegen, weil man gewählt ist. Warum sollen wir denn unsere Mitmenschen unterschätzen? Sie verstehen doch ganz gut, daß der, der Verantwortung in Staat und Gesellschaft trägt, oft vor schwer lösbaren Konflikten, vor Wider-

Sprüchen und Zweifeln steht. Warum soll er nicht ehrlich eingestehen, daß er die Entwicklung falsch eingeschätzt hat. Das passiert doch jedem von uns - oder nicht? Das gilt es offenzulegen, offen auszutragen und am Ende auch für schmerzliche Selbstkorrekturen offen zu sein. Es betrifft uns alle, die Wissenschaftler, die Unternehmer, die Verantwortlichen in den Gewerkschaften, die Politiker. Es ist die Stärke unserer Freiheit, daß sie uns die Chance gibt, dazuzulernen, im Streit um den besten Weg der Wahrheit näherzukommen und dort, wo es nötig wird, den Kurs mit friedlichen Mitteln zu ändern.

Kein Zweig der Hochtechnologie erlaubt es uns, seine Beherrschbarkeit ausschließlich unter technischen Gesichtspunkten zu entscheiden. Neben der technischen Funktionsfähigkeit sind menschliches Verhalten und soziale Folgen zu prüfen. Das ist keine Technikfeindlichkeit. Im Gegenteil, ich vertraue darauf, daß uns auch die Technik selbst weiterhelfen wird, um Gefahren der Technik zu überwinden. Ich habe die Zuversicht, daß die Technik, welche stark genug war, uns den Weg zum Reaktor zu weisen, auch stark genug sein wird, uns langfristig über diesen Weg hinaus in eine Energieversorgung ohne Radioaktivität zu führen. Ich bin nicht bereit, am technischen Fortschritt zu verzweifeln und zu glauben, daß er im Energiesektor mit der Kernenergie sein Ziel und sein Ende erreicht haben soll.

Die Forderung der Gewerkschaft, die soziale Seite des Technologieproblems genauso zu beachten wie seine wirtschaftliche, ist nach meiner Überzeugung kein Hindernis für die Technologie. Vielmehr kann sie ihr einen humanen Weg ebnen. Auf die Dauer ist diejenige technische Möglichkeit die überlegene, die sozial annehmbar ist und angenommen wird. Immer wieder können wir - wenn auch oft auf Umwegen und unter Opfern - erfahren, daß am Ende das wirtschaftlich Beste nur dann erreichbar ist, wenn es uns auch als das menschlich und sittlich Richtige erkennbar wird.

Im Umweltschutz gewinnt diese Erkenntnis schrittweise an Boden. Ökologisch schädliche Produktionsverfahren oder Produkte werden eben auf die Dauer unwirtschaftlich. Rücksicht auf Gesundheit, auf Mitmenschen und Natur nimmt zum Glück in unserem Bewußtsein zu. Danach muß sich — je länger, desto mehr - die Gütererzeugung richten, wenn sie gesellschaftlich akzeptabel und wenn sie wirtschaftlich rentabel sein will.

## VII.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit wenigen Gedanken zum Schluß kommen. Wenn wir die Aufgaben der Zukunft bewältigen wollen, müssen wir zusammenarbeiten. In den internationalen Beziehungen heißt dies, nicht anderen Systemen ihre Rückständigkeit unter die Nase zu reiben - auch dort nicht, wo wir dazu Veranlassung hätten -, sondern sich gegenseitig zu informieren und internationale Standards zu verabreden. Die Beherrschung von Wissenschaft und Technik ist letztlich nur im Weltverbund möglich. Wenn das Unglück von Tschernobyl dazu beiträgt, diese Erkenntnis in

der Welt zu verbreiten, dann wird es nicht umsonst gewesen sein. An uns ist es, dazuzulernen und nicht Embargolisten aufzustocken, sondern mit Forschungsergebnissen und Technologie anderen zu Verfügung zu stehen, wenn es für sie von Nutzen und willkommen ist. Jede, wirklich jede Anstrengung dafür lohnt! Bei uns zu Hause sollten sich die Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft an der Vernunft ihrer Mitglieder, Wähler und Mitbürger orientieren.

Gewiß, die Menschen haben unterschiedliche, oft gegensätzliche Interessen, und sie kämpfen für ihre Sache. Zugleich aber wissen sie sehr wohl, daß wir alle in einem Boot sitzen. Sie wollen nicht, daß der Kampf um die Interessen dem Gemeinwesen Schaden zufügt. Es ist ihnen nicht danach zumute, sich voreilig und vertrauensselig zu umarmen, aber sie wissen, daß man sich auch in Gegensätzen begegnen kann und begegnen muß. Sie freuen sich zwar an markanten Standpunkten und kräftigen Worten, aber sie wollen doch nicht, daß am Ende verbale in tatsächlich Radikalität umschlägt. Sie suchen eine Linie, die am Ende die Gräben nicht vertieft, sondern die Lösung der Konflikte voranbringt. Gegnerschaft wird es immer geben - zur Feindschaft darf sie nicht werden.

Die Gewerkschaften waren sich immer bewußt, daß ihr Engagement über Arbeits- und Einkommensbedingungen hinausgehen muß. Der Einsatz der Arbeiterbewegung hat sich gelohnt. Menschenwürdige Arbeitsbedingungen, freiheitliche Demokratie und die Kraft zum friedlichen Wandel wurden erreicht. Sie sind nie unwiderruflich gesichert. Die Gewerkschaften wissen es und werden über Gefahren wachen, die der sozialverpflichteten, verantworteten Freiheit drohen.

Zugleich stehen sie vor neuen Erwartungen und Herausforderungen. Stets hat die Solidarität ihren Weg geprägt und gestärkt. Diese Solidarität wird sich in Zukunft vermehrt daran zu bewähren haben, daß sie auch Außenstehenden ein Gefühl vermittelt, dazuzugehören. Es ist eine Zusammengehörigkeit, die nicht in erster Linie gegen jemanden gerichtet ist, die nicht ausschließt, sondern einbezieht. Menschen in der Dritten Welt warten darauf ebenso wie Minderheiten bei uns zu Hause, die sich selbst nicht helfen können.

Diese Aufgaben zu erfassen, Lösungen zu entwickeln, sie durchzusetzen, das wird nicht leichter sein als der Weg, den die deutschen Gewerkschaften bis heute gegangen sind. Der Fortschritt ist in Sicht, wenn es uns gelingt, unseren Horizont Schritt für Schritt zu erweitern.

Auf diesem Weg, meine Damen und Herren, Herr Vorsitzender, wünsche ich dem Deutschen Gewerkschaftsbund für seinen 13. Bundeskongreß und für die weitere Zukunft Glück und gutes Gelingen.